

## **Dritter Bericht**

### **des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

#### **zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/23 –**

#### **Entwurf eines Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002**

#### **Bericht der Abgeordneten Peter Jacoby, Hans Georg Wagner, Oswald Metzger, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Uwe-Jens Rössel**

Mit dem Gesetzentwurf und dem inhaltsgleichen Gesetzentwurf der Bundesregierung (Drucksache 14/265) ist beabsichtigt, über die im Ersten und Zweiten Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 der Geschäftsordnung dargestellten Maßnahmen – Vorläufer I (Steuerentlastungsgesetz 1999) und Vorläufer II (Steueränderungsgesetz 1998) nunmehr noch den verbleibenden Teil des Vorhabens umzusetzen.

Die Gesetzentwürfe sehen die Neufassung bzw. Änderung folgender Gesetze vor:

- Artikel 1 Änderung des Einkommensteuergesetzes
- Artikel 2 Änderung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
- Artikel 3 Änderung der Lohnsteuer-Durchführungsverordnung
- Artikel 4 Änderung des Bundeskindergeldgesetzes
- Artikel 5 Änderung des Körperschaftsteuergesetzes
- Artikel 6 Änderung des Umwandlungssteuergesetzes
- Artikel 7 Änderung des Umsatzsteuergesetzes
- Artikel 8 Änderung der Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung
- Artikel 9 Änderung des Gewerbesteuergesetzes
- Artikel 10 Änderung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes
- Artikel 11 Änderung des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften
- Artikel 12 Änderung des Auslandsinvestment-Gesetzes

Artikel 13 Änderung des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen bei Auslandsinvestitionen der deutschen Wirtschaft

Artikel 14 Änderung des Eigenheimzulagengesetzes

Artikel 15 Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes

Artikel 16 Änderung des Forstschäden-Ausgleichsgesetzes

Artikel 17 Neufassung der betroffenen Gesetze und Rechtsverordnungen, Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Artikel 18 Inkrafttreten

Die Maßnahmen des Hauptteils der vorliegenden Gesetzentwürfe, die stufenweise in Kraft treten sollen, sehen insbesondere vor:

- stufenweise Anhebung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer auf rd. 13 500 DM/27 000 DM (Alleinstehende/Verheiratete) ab 1. Januar 2000 und auf rd. 14 000 DM/28 000 DM ab 1. Januar 2002,
- weitere Senkung des Eingangsteuersatzes bei der Einkommensteuer von 23,9 v.H. auf 22,9 v.H. ab 1. Januar 2000 und auf 19,9 v.H. ab 1. Januar 2002,
- Senkung des Höchstsatzes bei der Einkommensteuer von 53 v.H. auf 51 v.H. ab 1. Januar 2000 und auf 48,5 v.H. ab 1. Januar 2002,
- Senkung des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne von 45 v.H. auf 40 v.H. ab 1. Januar 1999,
- Senkung des Höchststeuersatzes für gewerbliche Einkünfte bei der Einkommensteuer von 47 v.H. auf

45 v.H. ab 1. Januar 1999 und auf 43 v.H. ab 1. Januar 2000,

- Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage durch zahlreiche Einzelmaßnahmen (vgl. im einzelnen Abschnitt I Nr. 2 des Ausschlußberichts in Drucksache 14/443).

Darüber hinaus ist eine grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung mit dem Ziel einer rechtsformunabhängigen Besteuerung aller Unternehmenseinkünfte mit einem einheitlichen Steuersatz von höchstens 35 v.H. vorgesehen. Hierzu ist eine Sachverständigenkommission eingesetzt worden.

Abweichend von bzw. ergänzend zu den Gesetzentwürfen und nach Realisierung von Maßnahmen durch die beiden Vorschaltgesetze hat der federführende Finanzausschuß insbesondere beschlossen:

- anstelle der Begrenzung der Verrechenbarkeit von Verlusten aus passiver Tätigkeit Begrenzung der Verlustverrechnung zwischen allen Einkunftsarten und Ausschluß der Verlustverrechnung bei Verlustzuweisungsgesellschaften,
- ergänzend zu der Übergangsregelung (Begrenzung des Verlustrücktrags auf ein Jahr und 2 Mio. DM für die Veranlagungszeiträume 1999 und 2000) statt Abschaffung des Verlustrücktrags ab 2001 Beibehaltung dieses Ausgleichsinstruments auf Dauer bei Begrenzung auf ein Jahr und beschränkt auf 1 Mio. DM,
- anstelle der Halbierung der Freibeträge für Abfindungen lediglich Kürzung dieser Freibeträge um ein Drittel und Verzicht auf Abschmelzung der Freibeträge bei höheren Abfindungen,
- anstelle der Aufhebung der Steuerfreiheit der Übergangsgelder und Übergangsbeihilfen für Beamte und Soldaten Begrenzung der Steuerbefreiung auf den gesenkten Abfindungsfreibetrag von 24 000 DM, unabhängig vom Alter des Steuerpflichtigen und der Dauer des Dienstverhältnisses,
- Verzicht auf die Aufhebung der Steuerfreiheit für den Grundbetrag der Produktionsaufgabenernte und des Ausgleichsgeldes bei Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit,
- anstelle der weitgehenden Streichung des Betriebsausgabenabzugs im Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen bei ausländischen Schachteldividenden von inländischen Kapitalgesellschaften Einschränkung in Anlehnung an das sog. belgische Modell: Fiktion von 15 v.H. der steuerfreien Schachteldividenden als nicht abziehbare Betriebsausgaben,
- bei der Bekämpfung des Mißbrauchs von Zwei- oder Mehrkontenmodellen Aufnahme einer Regelung, nach der Schuldzinsen bis zu einer Freigrenze von 8 000 DM zur Hälfte als Betriebsausgaben abziehbar sind,
- Verzicht auf die Einschränkung der Steuervergünstigungen für Gebäude in Sanierungsgebieten, städtebaulichen Entwicklungsbereichen und für Baudenkmale,

- Einführung eines Abzinsungsgebots bei unverzinslichen Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens zwölf Monaten, die nicht auf einer Anzahlung oder Vorausleistung beruhen,
- Bewertung der Rückstellungen für Sachleistungsverpflichtungen mit den Einzelkosten und den angemessenen Teilen der notwendigen Gemeinkosten,
- Abzinsungsgebot nicht nur bei Rückstellungen für Geldleistungsverpflichtungen, sondern auch bei Sachleistungsverpflichtungen einschließlich Schadensverpflichtungen,
- Verteilung der sich durch die infolge des Abzinsungsgebots veränderten Bewertung der Rückstellungen und Verbindlichkeiten ergebenden Auflösungsbeträge über einen Zeitraum von zehn Jahren,
- Beibehaltung der Teilwertabschreibung unter der Voraussetzung einer dauernden Wertminderung; zugleich Einführung eines strikten Wertaufholungsgebots, das auch für die Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung gilt,
- Beibehaltung der Ansparabschreibung nicht nur für Existenzgründer,
- Herausnahme der Versagung des Sonderausgabenabzugs von Schulgeld aus den Gesetzentwürfen,
- Sicherstellung, daß nur vollwertige Arbeitsverhältnisse, nicht aber geringfügige Beschäftigungen als hauswirtschaftliche Beschäftigungsverhältnisse zum Sonderausgabenabzug zugelassen werden,
- Senkung des Freibetrags für Land- und Forstwirte von 2 000 DM/4 000 DM (Alleinstehende/Verheiratete) auf 1 300 DM/2 600 DM anstelle der Streichung dieses Freibetrags,
- Beibehaltung der Steuerbegünstigung der Land- und Forstwirtschaft bei der Veräußerung von Aufwuchs auf Grund und Boden,
- Verlängerung des Freibetrags für Gewinne aus der Veräußerung oder Entnahme von Grund und Boden in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben im Zusammenhang mit der Abfindung weichender Erben bis einschließlich 2006,
- Beibehaltung der Freibeträge bei Betriebsaufgabe/Betriebsveräußerung,
- Verzicht auf die Begrenzung der Verlustverrechnung bei Differenzgeschäften bei Kreditinstituten und Sicherungsgeschäften,
- Beibehaltung des Freibetrags von 20 000 DM bei Gewinnen aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften bei wesentlichen Beteiligungen,
- Herausnahme der Einschränkung des Ehegattensplittings aus den Gesetzentwürfen,
- Beibehaltung des ermäßigten Steuersatzes für Katastrophen in der Forstwirtschaft,
- anstelle der Streichung der Steuerermäßigung von bis zu 2 000 DM für eigenbewirtschaftete land- und forstwirtschaftliche Betriebe ab 1999 Halbierung dieser Steuervergünstigung in 1999 und 2000 und Streichung ab 2001,

- Erweiterung des Mitteilungsverfahrens bei Kapitaleinkünften,
- Berücksichtigung bereits erteilter Freistellungsaufträge in halber Höhe,
- Herausnahme der Erhöhung des Kindergeldes auf 260 DM ab 2002 aus den Gesetzentwürfen,
- Beibehaltung der Umsatzsteuerbefreiung selbständiger Lehrer,
- Weitergeltung der Sachbezugsverordnung bei der Umsatzbesteuerung von Leistungen an Arbeitnehmer, insbesondere bei der Bemessungsgrundlage für Kantinenessen,
- Einführung einer Untergrenze von 10 v.H. unternehmerischer Nutzung beim hälftigen Vorsteuerabzug, insbesondere bei PKW,
- Verzicht auf den stufenweisen Abbau der Durchschnittssatzbesteuerung bei der Umsatzsteuer in der Landwirtschaft, statt dessen Senkung der Durchschnittssätze und Vorsteuerpauschalen für die Land- und Forstwirtschaft um jeweils einen v.H.-Punkt,
- Inkrafttreten der umsatzsteuerlichen Änderungen erst am 1. April 1999,
- rückwirkende Umsatzsteuerbefreiung der Sprachheilpädagogen,
- Verschiebung der Grunderwerbsteuerpflicht bei Übertragung von mindestens 95 v.H. der Anteile an Kapitalgesellschaften für die Grundstücke der Kapitalgesellschaft auf den 1. Januar 2000,
- Verzicht auf die Ahndung der unvollständigen Erfüllung von Mitwirkungspflichten durch Geldbuße,
- Verzicht auf die Verschärfung der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei inländischen und ausländischen Kapitalanlagegesellschaften,

- Beibehaltung des gewerbesteuerlichen Freibetrags und Staffeltarifs bei Personengesellschaften, an denen ausschließlich Kapitalgesellschaften beteiligt sind.

Die finanziellen Auswirkungen der beschlossenen Regelungen nach Abschluß der Beratungen des federführenden Finanzausschusses stellen sich wie folgt dar:

Gebietskörperschaften	Steuermehr-/Steuermindereinnahmen – Mio. DM –				
	Entstehungsjahr	Rechnungsjahr			
		1999	2000	2001	2002
Insgesamt ....	–9 878	8 508	6 649	13 011	–11 450
Davon:					
Bund .....	–5 603	3 716	2 661	5 268	– 6 179
Länder/ Gemeinden.	–4 275	4 792	3 988	7 743	– 5 271

Eine detaillierte Übersicht über die finanziellen Auswirkungen gibt die nachfolgende Anlage.

**Der Haushaltsausschuß hält den Gesetzentwurf in der vom Finanzausschuß beschlossenen Fassung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. sowie der PDS für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.**

Die Fraktion der CDU/CSU sieht als Folge der Verfahrensabläufe elementare parlamentarische Prüf- und Mitwirkungsrechte verletzt.

Die Finanzplanung des Bundes für die Folgejahre ist entsprechend fortzuschreiben.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Finanzausschuß vorgelegten Beschlußempfehlung.

Bonn, den 3. März 1999

**Der Haushaltsausschuß**

**Adolf Roth (Gießen)**  
Vorsitzender

**Peter Jacoby**  
Berichterstatter

**Dr. Günter Rexrodt**  
Berichterstatter

**Hans Georg Wagner**  
Berichterstatter

**Dr. Uwe-Jens Rössel**  
Berichterstatter

**Oswald Metzger**  
Berichterstatter

## Anlage

**Änderungen zum Entwurf eines Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002**

Ergebnis der Beratungen des Finanzausschusses am 1. März 1999

(Steuermehr-/Steuermindereinnahmen [-] im Vergleich zum Gesetzentwurf)

– in Mio. DM –

Ifd. Nr.	Maßnahme		Entstehungs- jahr	Rechnungsjahr			
				1999	2000	2001	2002
<b>I. Entlastende Maßnahmen</b>							
1	<b>§ 3 Nr. 9 EStG</b> Absenkung der Freibeträge für Abfindungen bei einer vom Arbeitgeber veranlaßten Auflösung des Arbeitsverhältnisses auf $\frac{2}{3}$ , Übergangsregelung wie Gesetzentwurf	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-210</b> -95 -115	<b>-223</b> -101 -122	<b>-418</b> -189 -229	<b>-420</b> -189 -231	<b>-420</b> -189 -231
2	<b>§ 3 Nr. 10 EStG</b> Begrenzung der Steuerfreiheit für Übergangsgelder und Übergangsbeihilfen auf 24 000 DM (unabhängig von Alter und Dauer der Betriebszugehörigkeit)	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-75</b> -34 -41	<b>-80</b> -37 -43	<b>-75</b> -34 -41	<b>-75</b> -34 -41	<b>-75</b> -34 -41
3	<b>§ 3 Nr. 27 EStG</b> Beibehaltung der Steuerfreiheit für den Grundbetrag der Produktionsaufgaberente und Ausgleichsgeld bei Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-55</b> -26 -29	<b>-10</b> -4 -6	<b>-20</b> -9 -11	<b>-35</b> -15 -20	<b>-55</b> -26 -29
4	<b>§ 3c EStG</b> Beibehaltung des Betriebsausgaben- und Werbungskostenabzugs im Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen, insbes. dem Erwerb von Beteiligungen an ausländischen Kapitalgesellschaften, deren Erträge zu steuerfreien Schachteldividenden führen (Hinweis auf Ifd. Nr. 37)	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-1 443</b> -560 -883	<b>-144</b> -55 -89	<b>-1 155</b> -449 -706	<b>-2 168</b> -842 -1 326	<b>-1 731</b> -671 -1 060

Ifd. Nr.	Maßnahme		Entstehungs- jahr	Rechnungsjahr			
				1999	2000	2001	2002
5	<b>§ 4 Abs. 4a EStG</b> Abgrenzung privater und betrieblicher Schuldzinsen (Beseitigung des Mißbrauchs bei Zwei- oder Mehrkontenmodellen) Zur Vermeidung unerwünschter Härten bleiben Schuldzinsen bis 8 000 DM zu 50 v. H. generell als Betriebsausgaben abziehbar	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-150</b> -58 -92	<b>-30</b> -11 -19	<b>-59</b> -25 -34	<b>-150</b> -58 -92	<b>-186</b> -70 -116
6	<b>§ 5 Abs. 4b EStG</b> Verbot der Bildung von Rückstellungen für Anschaffungs- oder Herstellungskosten z. B. bei der Wiederaufbereitung von Kernbrennelementen (neue Datengrundlage)	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-1 276</b> -438 -838	<b>0</b> 0 0	<b>-379</b> -132 -247	<b>-773</b> -267 -506	<b>-1 276</b> -438 -838
7	<b>§ 6 Abs. 1 Nr. 1 und 2 EStG</b> Eingeschränkte Beibehaltung der Teilwertabschreibung	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-2 300</b> -861 -1 439	<b>0</b> 0 0	<b>-574</b> -214 -360	<b>-1 727</b> -649 -1 078	<b>-3 446</b> -1 290 -2 156
8	<b>§ 6b Abs. 1 bis 7 EStG</b> Beibehaltung der steuerneutralen Übertragung von stillen Reserven in Grund und Boden und Gebäuden (Übertragung auf Wirtschaftsgüter, die zu einem Betrieb des Steuerpflichtigen gehören)	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-50</b> -21 -29	<b>-33</b> -11 -22	<b>-50</b> -20 -30	<b>-50</b> -20 -30	<b>-50</b> -20 -30
9	<b>§ 7g EStG</b> Beibehaltung der Ansparabschreibung für kleine und mittlere Betriebe und der Sonderabschreibung nach vorausgegangener Ansparabschreibung, Sonderregelung für Existenzgründer in § 6e EStG, wie im Gesetzentwurf	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-795</b> -276 -519	<b>0</b> 0 0	<b>0</b> 0 0	<b>-162</b> -58 -104	<b>-1 253</b> -437 -816
10	<b>§§ 7h, 7i, 10f, 10g EStG</b> Beibehaltung der Steuervergünstigungen für Gebäude in Sanierungsbereichen und für Baudenkmale	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-38</b> -16 -22	<b>0</b> 0 0	<b>-22</b> -8 -14	<b>-74</b> -30 -44	<b>-144</b> -68 -76

lfd. Nr.	Maßnahme		Entstehungs- jahr	Rechnungsjahr			
				1999	2000	2001	2002
11	<b>§ 10 Abs. 1 Nr. 9 EStG</b> Beibehaltung der Berücksichtigung von Schulgeld für ein Kind des Steuerpflichtigen als Sonderausgaben	<b>insgesamt</b>	<b>-27</b>	<b>0</b>	<b>-18</b>	<b>-27</b>	<b>-27</b>
		Bund	-11	0	-8	-11	-11
		Ld./Gem.	-16	0	-10	-16	-16
12	<b>§ 10d EStG</b> Begrenzung des Verlustrücktrages auf ein Jahr und 2 Mio. DM für die Veranlagungszeiträume 1999 und 2000, Begrenzung ab Veranlagungszeitraum 2001 auf ein Jahr und 1 Mio. DM	<b>insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-600</b>
		Bund	0	0	0	0	-277
		Ld./Gem.	0	0	0	0	-323
13	<b>§ 13 Abs. 3 EStG</b> Teilweise Beibehaltung des Freibetrags für Land- und Forstwirte	<b>insgesamt</b>	<b>-97</b>	<b>-79</b>	<b>-79</b>	<b>-97</b>	<b>-97</b>
		Bund	-44	-37	-37	-44	-44
		Ld./Gem.	-53	-42	-42	-53	-53
14	<b>§ 13a EStG</b> Verbesserte Umgestaltung der Ermittlung des Gewinnes nach Durchschnittssätzen für kleine land- und forstwirtschaftliche Betriebe	<b>insgesamt</b>	<b>-25</b>	<b>-15</b>	<b>-20</b>	<b>-25</b>	<b>-25</b>
		Bund	-11	-9	-9	-11	-11
		Ld./Gem.	-14	-6	-11	-14	-14
15	<b>§§ 14, 16 Abs. 4 und § 17 Abs. 3 EStG</b> Beibehaltung der Freibeträge bei Betriebsaufgabe/-veräußerung	<b>insgesamt</b>	<b>-345</b>	<b>0</b>	<b>-136</b>	<b>-281</b>	<b>-345</b>
		Bund	-156	0	-61	-128	-156
		Ld./Gem.	-189	0	-75	-153	-189
16	<b>§ 15 Abs. 4 EStG</b> Begrenzung der Verlustverrechnung bei Differenzgeschäften (z.B. Optionsgeschäfte, Warentermingeschäfte) Ausnahme für Geschäfte des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs	<b>insgesamt</b>	<b>-264</b>	<b>0</b>	<b>-77</b>	<b>-157</b>	<b>-264</b>
		Bund	-101	0	-28	-59	-101
		Ld./Gem.	-163	0	-49	-98	-163
17	<b>§ 34b EStG</b> Rechnerische Verteilung der Gewinne aus außerordentlichen Holznutzungen auf 5 Jahre Beibehaltung des ermäßigten Steuersatzes für Kalamitäten	<b>insgesamt</b>	<b>-5</b>	<b>-2</b>	<b>-2</b>	<b>-5</b>	<b>-5</b>
		Bund	-2	-1	-1	-2	-2
		Ld./Gem.	-3	-1	-1	-3	-3

Ifd. Nr.	Maßnahme		Entstehungs- jahr	Rechnungsjahr			
				1999	2000	2001	2002
18	<b>§ 34e EStG</b> Halbierung der Steuerermäßigung von bis zu 2 000 DM für eigenbewirtschaftete Betriebe, deren Gewinne weder nach Durchschnittssätzen ermittelt noch geschätzt werden auf 1 000 DM ab 2000 und Streichung ab 2001	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-50</b> -24 -26	<b>-13</b> -5 -8	<b>-32</b> -17 -15	<b>-50</b> -24 -26	<b>-50</b> -24 -26
19	<b>§ 4 Nr. 21 UStG</b> Beibehaltung der Steuerbefreiung für selbständige Lehrer	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-100</b> -52 -48	<b>-85</b> -44 -41	<b>-100</b> -52 -48	<b>-100</b> -52 -48	<b>-100</b> -52 -48
20	<b>§§ 36 und 38 UStDV</b> Streichung des Vorsteuerabzugs für Verpflegungsmehraufwendungen Beginn: Ab 1. April 1999	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-52</b> -37 -15	<b>-57</b> -32 -25	<b>-133</b> -64 -69	<b>10</b> 3 7	<b>-2</b> -1 -1
21	<b>§§ 36 und 39 UStDV</b> Streichung des Vorsteuerabzugs des Arbeitsgebers aus den Reisekosten und Umzugskosten des Arbeitnehmers Beginn: Ab 1. April 1999	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-99</b> -69 -30	<b>-128</b> -75 -53	<b>-2</b> -8 6	<b>29</b> 14 15	<b>-1</b> 0 -1
22	<b>§ 10 Abs. 4 UStG</b> Keine Änderung der Bemessungsgrundlage für Leistungen an Arbeitnehmer	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-237</b> -167 -70	<b>-302</b> -176 -126	<b>-305</b> -194 -111	<b>-237</b> -167 -70	<b>-237</b> -167 -70
23	<b>§ 15 UStG</b> Absenkung des Vorsteuerabzugs aus Aufwendungen für nicht ausschließlich betrieblich genutzte PKW auf 50 v.H. – Untergrenze von 10 % für Anerkennung unternehmerischer Nutzung Beginn: Ab 1. April 1999	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>204</b> 113 91	<b>222</b> 167 55	<b>141</b> 78 63	<b>-188</b> -147 -41	<b>-318</b> -217 -101
24	<b>§ 24 UStG</b> Reduzierung der Durchschnittsatzbesteuerung für land- und forstwirtschaftliche Betriebe auf 9 v.H. bzw. 5 v.H. Beginn: Ab 1. April 1999	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-85</b> -47 -38	<b>-110</b> -57 -53	<b>-500</b> -261 -239	<b>-690</b> -378 -312	<b>-535</b> -313 -222

Ifd. Nr.	Maßnahme		Entstehungs- jahr	Rechnungsjahr			
				1999	2000	2001	2002
25	<b>§ 1 Abs. 3 GrEStG</b> Grunderwerbsteuerpflicht bei Übertragung von mindestens 95% der auch unmittelbar gehaltenen Anteile an Kapitalgesellschaften für die Grundstücke der Kapitalgesellschaft; Mehraufkommen ein Jahr später	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>0</b> 0 0	<b>-40</b> 0 -40	<b>-40</b> 0 -40	<b>-20</b> 0 -20	<b>0</b> 0 0
26	<b>§ 379a AO/§ 60 EStDV</b> Keine Bußgeldregelung zur Verbesserung der Aufzeichnungs- und Erklärungsspflichten	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-46</b> -17 -29	<b>0</b> 0 0	<b>0</b> 0 0	<b>-28</b> -11 -17	<b>-46</b> -17 -29
27	<b>§§ 38b u.a. KAGG</b> Keine Verschärfung der Spekulationsbesteuerung bei Ausschüttungen von inländischen Kapitalanlagengesellschaften	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-45</b> -22 -23	<b>-23</b> -11 -12	<b>-34</b> -17 -17	<b>-45</b> -22 -23	<b>-45</b> -22 -23
28	<b>§ 17 AIG</b> Keine Verschärfung der Spekulationsbesteuerung bei Ausschüttungen durch ausländische Kapitalanlagengesellschaften	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-45</b> -22 -23	<b>-23</b> -11 -12	<b>-34</b> -17 -17	<b>-45</b> -22 -23	<b>-45</b> -22 -23
29	<b>§ 11 GewStG</b> Beibehaltung des Freibetrags und Staffeltarifs bei Personengesellschaften, wenn an diesen ausschließlich Kapitalgesellschaften beteiligt sind	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-123</b> +31 -154	<b>-51</b> +11 -62	<b>-110</b> +29 -139	<b>-123</b> +31 -154	<b>-123</b> +31 -154
	<b>Summe entlastende Maßnahmen</b>	<b>insgesamt</b> <b>Bund</b> <b>Ld./Gem.</b>	<b>-7 833</b> <b>-3 023</b> <b>-4 810</b>	<b>-1 226</b> <b>-499</b> <b>-727</b>	<b>-4 233</b> <b>-1 747</b> <b>-2 486</b>	<b>-7 713</b> <b>-3 192</b> <b>-4 521</b>	<b>-11 501</b> <b>-4 649</b> <b>-6 852</b>



lfd. Nr.	Maßnahme		Entstehungs- jahr	Rechnungsjahr			
				1999	2000	2001	2002
<b>II. Finanzierende Maßnahmen</b>							
30	<b>§ 2 Abs. 3; §§ 2b, 10d EStG</b> Mindestbesteuerung: Begrenzung der Verlustverrechnung zwischen den Einkünften, Ausschluß der Verlustverrechnung bei Verlustzuweisungsgesellschaften (Anwendung des § 2b EStG für negative Einkünfte aus Verlustzuweisungsgesellschaften oder -gemeinschaften, wenn der Gegenstand der Einkunftserzielung nach dem 4. März 1999 angeschafft, hergestellt oder bestellt wurde und Stpfl. nach dem 31. Dezember 2000 dieser Gesellschaft oder Gemeinschaft beitreten)	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-95</b> -43 -52	<b>0</b> 0 0	<b>370</b> 169 201	<b>-1 050</b> -478 -572	<b>-840</b> -383 -457
31	<b>§ 6 Abs. 1 Nr. 3 und 3a EStG</b> Verlängerung der Ansammlungsfrist für Stilllegungsverpflichtungen bei Kernkraftwerken von bisher 19 Jahre auf 25 Jahre	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>-433</b> -151 -282	<b>-299</b> -103 -196	<b>-35</b> -10 -25	<b>700</b> 244 456	<b>803</b> 277 526
32	<b>§ 6 Abs. 1 Nr. 3 und 3a EStG</b> Abzinsungsgebot auch bei Sachleistungsverpflichtungen einschließlich Schadensverpflichtungen (Verteilung der Gewinnerhöhung aus der Neubewertung des Bestands auf bis zu 10 Jahre)	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>1 840</b> 785 1 055	<b>540</b> 231 309	<b>1 601</b> 714 887	<b>2 050</b> 857 1 193	<b>2 314</b> 958 1 356
33	<b>§ 6 Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 3a EStG</b> Realitätsnähere Bewertung von Rückstellungen, Ansatz von Rückstellungen mit Einzel- und angemessenem Teil der notwendigen Gemeinkosten. Abzug von Einnahmen bei der Rückstellungsbewertung (neue Datengrundlage)	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>270</b> 98 172	<b>97</b> 40 57	<b>292</b> 118 174	<b>384</b> 146 238	<b>472</b> 172 300
34	<b>§ 10i EStG</b> Streichung des Vorkostenabzugs bei eigenheimzulagebegünstigten Wohnungen (Neue Datengrundlage)	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>437</b> 201 236	<b>230</b> 106 124	<b>437</b> 200 237	<b>437</b> 200 237	<b>437</b> 200 237

Ifd. Nr.	Maßnahme		Entstehungs- jahr	Rechnungsjahr			
				1999	2000	2001	2002
35	<b>§ 40b EStG</b> Keine Minderung der Bemessungsgrundlage durch abgewälzte pauschale Lohnsteuer bei Direktversicherungen	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>315</b> 143 172	<b>315</b> 143 172	<b>315</b> 143 172	<b>315</b> 143 172	<b>315</b> 143 172
36	<b>§ 45d EStG</b> Verbesserung des Mitteilungsverfahrens bei Kapitaleinkünften	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>150</b> 70 80	<b>0</b> 0 0	<b>52</b> 25 27	<b>75</b> 35 40	<b>274</b> 125 149
37	<b>§ 8b KStG</b> Pauschale Versagung des Betriebsausgabenabzugs in Höhe von 15% der steuerfreien Schachteldividenden zur Abgeltung der damit in unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben einschl. Veräußerungsgewinnen	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>1 500</b> 790 710	<b>152</b> 81 71	<b>1 196</b> 628 568	<b>2 245</b> 1 180 1 065	<b>1 946</b> 1 023 923
38	<b>§ 10 Nr. 2 KStG</b> Neuberechnung/Korrektur Einschränkung des Abzugs von Zinsen bei verspäteter Ertragsteuerzahlung auch bei der KSt	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>500</b> 215 285	<b>0</b> 0 0	<b>129</b> 55 74	<b>379</b> 163 216	<b>553</b> 239 314
39	<b>UStG</b> Milderung der Eigenverbrauchsbesteuerung entsprechend der 6. EG-Richtlinie	<b>insgesamt</b> Bund Ld./Gem.	<b>87</b> 62 25	<b>138</b> 72 66	<b>125</b> 69 56	<b>-4</b> -1 -3	<b>0</b> 1 -1
	<b>Summe entlastende Maßnahmen</b>	<b>insgesamt</b> <b>Bund</b> <b>Ld./Gem.</b>	<b>-7 833</b> <b>-3 023</b> <b>-4 810</b>	<b>-1 226</b> <b>-499</b> <b>-727</b>	<b>-4 233</b> <b>-1 747</b> <b>-2 486</b>	<b>-7 713</b> <b>-3 192</b> <b>-4 521</b>	<b>-11 501</b> <b>-4 649</b> <b>-6 852</b>
	<b>Summe finanzierende Maßnahmen</b>	<b>insgesamt</b> <b>Bund</b> <b>Ld./Gem.</b>	<b>4 571</b> <b>2 170</b> <b>2 401</b>	<b>1 173</b> <b>570</b> <b>603</b>	<b>4 482</b> <b>2 111</b> <b>2 371</b>	<b>5 531</b> <b>2 489</b> <b>3 042</b>	<b>6 274</b> <b>2 755</b> <b>3 519</b>
	Erhöhung des Kindergeldes für erste und zweite Kinder von 250 DM auf 260 DM im späteren Familienentlastungsgesetz	insgesamt Bund Ld./Gem.	1 900 808 1 092	0 0 0	0 0 0	0 0 0	1 900 808 1 092

lfd. Nr.	Maßnahme		Entstehungs- jahr	Rechnungsjahr			
				1999	2000	2001	2002
	<b>Saldo Änderungen</b>	<b>insgesamt</b>	<b>-1 362</b>	<b>-53</b>	<b>249</b>	<b>-2 182</b>	<b>-3 327</b>
	<b>einschließlich Verschiebung</b>	<b>Bund</b>	<b>-45</b>	<b>71</b>	<b>364</b>	<b>-703</b>	<b>-1 086</b>
	<b>Kindergelderhöhung</b>	<b>Ld./Gem.</b>	<b>-1 317</b>	<b>-124</b>	<b>-115</b>	<b>-1 479</b>	<b>-2 241</b>
	nachrichtlich:	insgesamt	-7 105	-7 770	-7 110	-7 130	-7 160
	Steuerentlastungsgesetz 1999	Bund	-3 057	-3 343	-3 056	-3 064	-3 084
	(1. Vorläufer)	Ld./Gem.	-4 048	-4 427	-4 054	-4 066	-4 076
	nachrichtlich:	insgesamt	-2 941	-734	-1 619	-6 475	0
	§ 6a EStG	Bund	-1 098	-273	-606	-2 419	0
	(2. Vorläufer)	Ld./Gem.	-1 843	-461	-1 013	-4 056	0
	ursprünglicher Gesetzentwurf ohne	insgesamt	-8 516	8 561	6 400	15 193	-8 123
	1. Vorläufer und 2. Vorläufer	Bund	-5 558	3 645	2 297	5 971	-5 093
		Ld./Gem.	-2 958	4 916	4 103	9 222	-3 030
	Saldo Gesetzentwurf	insgesamt	-18 562	57	-2 329	1 588	-15 283
	einschließlich 1. und 2. Vorläufer	Bund	-9 713	29	-1 365	488	-8 177
		Ld./Gem.	-8 849	28	-964	1 100	-7 106
	<b>Saldo Gesetzentwurf mit</b>	<b>insgesamt</b>	<b>-9 878</b>	<b>8 508</b>	<b>6 649</b>	<b>13 011</b>	<b>-11 450</b>
	<b>Änderungen (einschließlich</b>	<b>Bund</b>	<b>-5 603</b>	<b>3 716</b>	<b>2 661</b>	<b>5 268</b>	<b>-6 179</b>
	<b>Kindergeld)</b>	<b>Ld./Gem.</b>	<b>-4 275</b>	<b>4 792</b>	<b>3 988</b>	<b>7 743</b>	<b>-5 271</b>
	<b>Saldo Gesetzentwurf</b>	<b>insgesamt</b>	<b>-19 924</b>	<b>4</b>	<b>-2 080</b>	<b>-594</b>	<b>-18 610</b>
	<b>einschließlich 1. und 2. Vorläufer</b>	<b>Bund</b>	<b>-9 758</b>	<b>100</b>	<b>-1 001</b>	<b>-215</b>	<b>-9 263</b>
	<b>mit Änderungen einschließlich</b>	<b>Ld./Gem.</b>	<b>-10 166</b>	<b>-96</b>	<b>-1 079</b>	<b>-379</b>	<b>-9 347</b>
	<b>Kindergeldverschiebung</b>						
	<b>Saldo Gesetzentwurf</b>	<b>insgesamt</b>	<b>-21 824</b>	<b>4</b>	<b>-2 080</b>	<b>-594</b>	<b>-20 510</b>
	<b>einschließlich 1. und 2. Vorläufer</b>	<b>Bund</b>	<b>-10 566</b>	<b>100</b>	<b>-1 001</b>	<b>-215</b>	<b>-10 071</b>
	<b>mit Änderungen ohne</b>	<b>Ld./Gem.</b>	<b>-11 258</b>	<b>-96</b>	<b>-1 079</b>	<b>-379</b>	<b>-10 439</b>
	<b>Kindergeldverschiebung</b>						

